

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Korrespondenten: Kurt Norden 1893 und 1896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Korrespondenten: Kurt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal wöchentlich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Abnahme für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zufendung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erstattung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Redaktionspalette Willkommensgelder über deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Leertextzuschlag 50 Prozent. Bei Familienangelegenheiten und Besondere Anzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Leertextzuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Dienstag, den 3. Dezember 1918

Nummer 34

Hindenburg gegen die Unabhängigen.

Reaktionäre Wühlereien an der Front.

Die Zeichen einer systematischen Verschwörung gegen die Revolution mehrten sich. Nach den Erschließungen der Generale, die sich gegen die Arbeiter- und Soldatenräte wenden, kommen Nachrichten über Zusammenstöße und Manifestationen, die darauf schließen lassen, daß die Frontarmeen auseinander sind. Stützpunkte gegen die Revolution zu entsenden. Im Zentrum Berlins ist es gestern Nachmittag beim Einrücken der Panzerabteilung des 3. Korps zu einer bezeichnenden Demonstration gekommen. Von sechs hundert Offizieren geführt, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und klingendem Spiel unter dem Lärm des „Heil dir im Siegerkranz“ und anderer Kaisermärsche, zogen sie demonstrativ durch die Stadt. Beim Paritätengebäude wurde die Truppe von Mannschaften des Sicherheitsdienstes aufgehalten und zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Der kommandierende Offizier lehnte dies mit hochfahrenden Worten ab. Die Panzer scharten sich um die Offiziere und erhoben die Waffen gegen die Sicherheitsmannschaften, durch deren Zurückhaltung allein ein Blutvergießen vermieden wurde. Unter Hochrufen umstehender Bourgeoischichten legte die Schaar ihren gegenrevolutionären Demonstrationen ein Ende. Gewiß lassen ähnliche Vorkommnisse nicht auf den Geist der Fronttruppen schließen, welche in ihrer großen Masse trenn zur Revolution stehen, die ihnen die Befreiung vom Militarismus gebracht hat. Aber sie zeigen immerhin, daß von den Anhängern der alten Ordnung alles versucht wird, mit Hilfe einzelner irregulärer Truppenteile, um den im Innern zu provozieren, um die Reaktion zum Siege zu verhelfen.

Wie systematisch hierbei vorgegangen wird, zeigt eine Anzahl Dokumente, die die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Monatsnummer veröffentlicht. Diese Dokumente liefern den schlüssigen Beweis, daß die Oberste Heeresleitung den Mittelpunkt der gegenrevolutionären Verschwörung bildet, deren äußere Anzeichen bereits hervortreten anfangen. Die Oberste Heeresleitung hat an die Heeresgruppen ein Telegramm gerichtet, das von diesen an die Oberkommandos der Armeen weitergegeben wurde. In diesem Telegramm wendet sich die Oberste Heeresleitung gegen den Beschluß des Berliner Vollkongresses vom 17. November, worin ausgesprochen wurde, daß die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liege. Gegen diesen Beschluß hat die Oberste Heeresleitung eine regelrechte Agitation unter den Fronttruppen eingeleitet. Nach bekannten Mustern hat sie einen regelrechten Propagandakrieg auf die Reichsregierung eingeleitet. Von oben her ernannte „Frontsoldatenräte“ haben sich angelehnt, im Namen der Front zu sprechen und Forderungen an die Regierung zu richten. Die Armeekommandos haben diese Kundgebungen wiedergegeben und für ihre Verbreitung Sorge getragen. Den schlagendsten Beweis jedoch, wie die Gegenrevolution arbeitet, liefert das folgende Flugblatt.

Flugblatt.
In gewaltigen Massen unter den armen Fronttruppen verbreitet wird, und das die Unterdrückung der Hindenburg ist. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:
1. Das Ziel der inneren Umwälzung ist die politische Gleichberechtigung aller. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Stimme eines jeden einzelnen zur Geltung kommt und das Ergebnis aller Stimmen eine Nationalversammlung die zukünftige Gestaltung Deutschlands regelt.
2. Unabhängige und Spartakusleute wollen die Einberufung der Nationalversammlung verhindern. Sie wollen vielmehr die Herrschaft einer Klasse über einer Partei.
3. Unabhängige und Spartakusleute wollen ihre Klassenherrschaft, die ohne jede Mitwirkung des Heeres zustande kam, auch ohne Mitwirkung des Heeres zu einer dauernden Einberufung machen. Die heimischen Soldaten, und Arbeiterkräfte folgen ihnen zwar zum großen Teil, aber sie bestehen aus jungen Menschen, die dahin viel Geld verdienen, während das Heer unter dem Feuer der Lebensgefahr und unter den größten Entbehrungen an Leib und Seele am Feinde kämpft.
4. Viele heimische Arbeiter, und Soldatenräte haben schon sehr viel Unheil anrichten...

- Beispiele:**
- a) Anhalten und Ausladen von Verpflegungswagen, die für das Heer bestimmt waren. Wo das Heer hungert, hat es dies nur diesen Übergriffen der heimischen Räte zu verdanken.
 - b) Zigaretten sind angehalten, das Personal entlassen und die Verwundeten allein, ohne Hilfe, gelassen.
 - c) Viele Lokomotiven und Eisenbahnwagen sind angehalten, mit denen Teile des Heeres in die Heimat beschickt werden sollten. Mit ihnen reisen heimische Arbeiter, und Soldatenräte in der Heimat herum oder verwenden sie für andere Zwecke. Das Heer muß zu Fuß laufen.
 - d) Viele Lastkraftwagen des Heeres sind in der Heimat festgehalten und fallen für Transport, und Versorgungszwecke aus.
 - e) Kraftwagen, die Befehle überbringen sollten, sind festgehalten. Die Befehle kommen zu spät. Hin- und Vermärsche sind die Folgen.
 - f) Verkehr, Verpflegung und Kohlenversorgung stocken in der Heimat, weil deutsche Arbeiter, und Soldatenräte mit unheimlicher Hand eingreifen. Gewiß ist in guter Absicht, die Folgen sind aber Unordnung, Hungergefahr, Arbeitslosigkeit, Mißmut.
 - g) Heimische Arbeiter, und Soldatenräte, die vielfach Matrosen, die im Kriege nicht gestiftet haben, aber unzureichende an ihrer Spitze haben, haben es gewagt, deutsche Truppenteile des Heeres zu entlassen. Der Sieg des Heeres, die bescheidene Dankbarkeit der Heimat, müßten derartiges verbieten.
 - h) Mensch freiblicher Mensch hat in der Heimat sein Leben lassen müssen, weil gewissenlose und terroristische Elemente versucht haben, eine Gewaltherrschaft auszurichten.
 - i. Wenn die radikalen Elemente, die schon soviel Unheil angerichtet haben, völlig zur Herrschaft kämen — und das würden sie, wenn Obert stürzte —, so würde Deutschland zu russischen Zuständen gelangen. Dort ist alles der sinnlosen Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe unterworfen.

Die Folgen sind:
Unordnung statt Ordnung,
Terror statt politische Gleichheit und Freiheit,
Hunger und Armut statt Wohlstand,
Bruderkrieg statt Brüderlichkeit,
Unmoral statt Gerechtigkeit,
Arbeitslosigkeit statt Arbeit,
Stillstand statt Freiheit, Vergewaltigung statt Lebensfreude.

Das Familienbild ist zerstört; jeder hängt sich um Frau und Kind, Eltern und Geschwister.
Alle diese Folgen würden noch schwerer auf Deutschland lasten, weil das Wirtschaftsleben bei und unendlich komplizierter als in Rußland ist und jede Ordnung sich viel schwerer bilden würde.
6. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Entente mit uns Frieden schließt, wenn die Unabhängigen, „Spartakus“ und Liebknechtleute die Herrschaft bekommen. Die Vereinigten Staaten haben klar ausgesprochen, daß sie nur mit einer Regierung die sich auf die Würde des Volkes stützt, nicht aber mit einer Raste oder Klasse Frieden schließen wollen. Neues Kriegsgeld würde über uns hereinbrechen, wenn Obert gestürzt würde.
7. Wenn die Radikalen und Ruber kämen, würden große Teile Deutschlands sich loslösen, da sie den Unfuh nicht mitmachen wollten, große östliche Gebiete abfallen, das linke Rheinufer nicht wieder an Deutschland zurückkommen. Zerstückelung, Kleinhafterei wären dann die Folgen. Anzeichen sind schon sehr vorhanden.
8. Daher muß das Heer die jetzige Regierung stützen. Sollte sie gestürzt werden, so muß es die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen, es muß Ordnung und Freiheit wieder in der Heimat ausrichten, es muß die radikalen Elemente beseitigen, damit wir Frieden bekommen und es muß böswilliges Unheil und Leid von der Heimat abwenden.
Es muß jeden, der in die Reihen des Heeres Zwangsverpflichtet ist — Agenten sind unterwegs — hinüberwerfen, es muß sein Mißbehagen und die lastige Einberufung der Nationalversammlung beseitigen.

Das sei der letzte Dienst, den das Heer für die Heimat leistet, Kinder und Enkel werden es ihm unendlich danken.
v. Hindenburg.

Das Ziel dieser „Aufklärungsarbeit“ ist klar ersichtlich. Es gilt, eine bürgerliche Regierung ans Ruder zu bringen. Dieses Ziel wird noch nicht ganz unverhüllt ausgesprochen. Vorläufig gibt man sich den Anschein, die jetzige Regierung stützen zu wollen.
Aber diese „Stützen“ der Regierung sind ihre größten Feinde. Sie lauern auf den Augenblick, wo sie sie stürzen und durch eine bürgerliche Regierung ersetzen könnten. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden: wenn die Regierung bei den höchsten Kommandostellen durchgreifend Wandel schafft und bei der Obersten Heeresleitung gründlich aufräumt: wenn die Arbeiter- und Soldatenräte für schnelle und gründliche Aufklärung der zurückkehrenden Fronttruppen durch Delegierte, Flugblätter, Zeitungen usw. sorgen; wenn die Arbeiter und Soldaten in den Städten fest zueinander stehen und die Anzeichen der sich regenden Gegenrevolution im Keime ersticken.

Keine Geschichtsfälschung!

Der „Vorwärts“ wird übermüht. Er läßt sich belassen, an die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges zu erinnern und sie zu verteidigen. Er denkt offenbar, auch heute noch die Unentschiedenheit mit Un-erschrockenheit blaffen zu können. Und stolz schreibt er: Ja, wir haben die Kriegskredite bewilligt. Da müssen denn doch die Tatsachen festgestellt werden.
Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August war ein Verrat an den sozialistischen Grundgedanken, die die schärfste Opposition gegen den imperialistischen Eroberungskrieg forderten. Niemand, der das alte System kannte, konnte nur einen Moment lang im Zweifel sein, daß der siegreiche deutsche Militarismus die Welt als willkommene Beute behandeln, daß er im Innern eine neue Zwangsherrschaft errichten werde. Sein Sieg hätte Deutschland in eine Hochburg der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Machtbund vereinigen müssen. Es lag nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist.
Die Kreditbewilligung war das Signal für die völlige Demoralisierung der Partei. Der Nationalismus verarbeitete die Gehirne. Die größte Begeisterung gegen die anderen Nationen, gegen die Sozialisten anderer Länder wurde unter der Führung der „Chemiker Volksstimme“ und des „Hamburger Echo“ systematisch betrieben. Ein Teil der Mehrheitssozialisten kam dabei die wildsten Welt-aufteilungspläne, identifizierte sich bald mit den einen bald mit anderen Annexionsplänen. Jedes internationale Solidaritätsgefühl wurde mißachtet, die Arbeiterklasse durch Proklamierung des Burenkrieges politisch entmannt. Dunkle Existenzen gewannen Einfluß auf die Parteipolitik; die Partei hatte nicht die Kraft, sie abzuwehren, ebensowenig wie die Unentschieden in ihren eigenen Reihen. Um so unerbittlicher, systematischer und raffinierter wurden von den Partei- und Gewerkschaftsinstanzen verfolgt und an die Wand gedrückt alle die, die an den sozialistischen Grundgedanken festhielten.
Die Kreditbewilligung und ihre Konsequenzen haben schließlich die Einheit des Proletariats gebrochen, die Partei gespalten. Sie haben dem einen Teil die Selbstbetätigung seiner Anhänger genommen und ihre lebendigen politischen Energien gelähmt; auf der anderen Seite gerade die Charakterfesten, entschlossensten, ausdauerndsten proletarischen Kämpfer mit tiefem Mißtrauen erfüllt und sie für die radikalen, deutschen Verhältnissen oft nicht angepaßten Lösungen empfindlich gemacht ihr Vertrauen zu sich selbst, zu den breiten Massen des Proletariats erschüttert.
Sie haben die Partei gespalten und die Einheit durch ihre Politik zerstört und sich selbst zu der Zeit ge-

Imperialistischen Allmacht, als die Einheit des Proletariats zu erhalten sozialistische Pflicht gewesen wäre. Sie haben es nicht getan, sondern die Einheit preisgegeben, wie sie den Sozialismus preisgegeben hätten. Die Folgen wirken nach. Wie ganz anders wäre heute unsere Arbeit, wie ungebauer stärker die Stellung des Sozialismus, wie viel reibender unsere Arbeit, wenn wir einig geblieben wären. Wir konnten nicht einig bleiben, weil wir aufgehört hatten, sozialistische Politik zu machen.

Die Kreditbewilligung hat die Internationale gesprengt, die Kriegspolitik ihre Wiederaufrichtung unmöglich gemacht. Die Rechtssozialisten haben sich in ihren Kriegsziele nicht auf den demokratisch-sozialistischen Boden gestellt, sie haben diese Forderung abgelehnt, sie haben sich eingelebt für die Erhaltung der Integrität Österreichs und der Türkei, für fremde dynastische Erbkräftig- und Unterdrückungsweide. Sie haben das Selbstbestimmungsrecht der Nationen abgelehnt und alle Kriegsmarginalisten losgelassen, um es zu verhöhnen.

Sie haben dadurch in der ganzen Welt das Vertrauen in die demokratische Zuverlässigkeit des deutschen Volkes vernichtet, die Verachtung der Völker über Deutschland heraufgeschworen. Ihre Politik hat die Stellung der feindlichen Kriegspolitiker von allen Angriffen der demokratischen Parteien geschützt, sie tragen schwere Mitschuld an der Erbarmungslosigkeit der Kriegsbedingungen.

Sie haben den Krieg verlängert. Der „Vorwärts“ behauptet, sie hätten unabhängig nach zwei Seiten gekämpft gegen die Völkerverfeindlichkeit und gegen die Unabhängigen, die vom Sieg der Entente das Glück der Welt erwarteten. Unwahr und verleumderisch! Sie haben die Völkerverfeindlichkeit in den eigenen Reihen geduldet. Ihr Kampf bestand nach der einen Seite darin, daß sie, wenn die Kriegslage ungünstig war, mit Worten gegen die Annerktionen weiter protestierten, wußten genau, daß ihre Worte der Wind verwehten würde, wenn der Sieg den anderen die Macht ließe, ihre Pläne zu verwirklichen. Sie waren nicht einmal gutgläubig.

In ihren Taten aber haben sie alles getan, was die Kriegstreiber nur wünschen konnten. Sie haben die Kredite bewilligt, sie haben die Massen mit Kriegsbegeisterung erfüllt, sie haben alle ihre Mittel, die politischen organisierten wie die finanziellen in den Dienst der Kriegsführung gestellt. Sie haben immer wieder den Massen vorgeschmeichelt, daß nur die Gegner an der Kriegsverlängerung schuld seien, daß der Weg zum Frieden nur über den deutschen Sieg gehe. Sie haben für den ukrainischen Frieden gestimmt, sie haben nicht einmal mehr so viel politischen Realitätsgefühl besessen, den Frieden von West-Batow abzulehnen!

Sie haben jeder Bewegung gegen den Krieg das Hindernis gebrochen, jede wirklich selbständige und energische Aktion der Arbeiterklasse mit allen Mitteln gehindert. Sie sind nicht nur Mitschuldige, sie sind mit die Hauptschuldigen an der Verlängerung des Krieges.

Sie haben geduldet, daß die Unabhängigen niedergedrückt worden sind von den Reichsbaronen, daß Deutschland umgewandelt wurde in einen Rußlandstaat, in dem Grabesruhe herrschen mußte, in dem die Herrschenden schalteten und walteten wie sie wollten. Ihr Prolet war die Teilnahme an der Erbe gegen die Unabhängigen!

Und sie hatten nicht einmal den guten Glauben. „Wir wußten um die Schuld der deutschen Kriegstreiber, wenigstens diese von uns waren von ihr überzeugt.“ So schreibt wörtlich der „Vorwärts“. Sie wußten es und haben das Gegenteil gesagt, genau so wie Bebelmann und Nagow und Zimmermann! Dieselbe Einsicht, dieselbe Moral! Die Massen waren zu untreu für die Wahrheit und deshalb mußten sie gelähmt werden. Und in demselben Atemzug reden sie von ihrem Vertrauen in die Massen!

Läuscherung bisher, Läuscherung heute! Sie haben, verächtlich der „Vorwärts“, Wilhelm davon überzeugt und über in seinen Sturz gejubelt. Na doch, als der Zusammenbruch da war, sind sie in das Ministerium Max v. Baden gegangen und haben sich schließend vor Monarchie und Bürgertum gestellt. Als es klar war, daß Wilhelm nicht mehr zu halten, als alles, alles einig war, er müsse fort, da haben sie sich der Forderung angeschlossen, um Schlimmeres — die Revolution — zu verhüten. Als dann aber der Sturm von der Revolution, von der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen, brausend dahinfuhr, und sie hinter nachschaulen und als er das Ziel erreicht hatte — ohne sie —, da haben sie

sich von rückwärts auf die Erde geschmungen! Jetzt müßten sie freilich mit dabei gewesen sein!

Rein, das Urteil über diese Politik hat die Geschichte gesprochen und ihr Wahrpruch lautet: Kurzsichtig und feig. Und ein Appell ist unnötig. Denn die Begründung des Schuldpruches lautet: Ja, ihr habt die Kriegskredite bewilligt!

Was ist eine Schmach — und was keine?

Der Staatsrechtslehrer der Berliner Universität Professor Dr. Rahl gibt in der „National-Zeitung“ ein umfassendes „Gutachten“ über die Frage der Auslieferung Wilhelms II. ab. Nach seiner Ansicht darf der Kaiser, der nach Holland geflüchtet ist, nicht an die Entente ausgeliefert werden und Deutschland hat nicht das Recht, die Genehmigung zu seiner Auslieferung zu erteilen. Die Frage seiner Auslieferung an Deutschland sei zum mindesten diskutierbar, aber auch Deutschland habe keine auf einer Rechtsgrundlagen beruhenden Gesetze, Wilhelm II. zu bestrafen. Einen Staatsgerichtshof, wie Bethmann Hollweg ihn gefordert, gebe es nicht, und auch die Nationalversammlung dürfe ihn nicht schaffen, da die Bildung von Ausnahmegerichten (1) laut § 16 des Gerichtsverfahrens unzulässig sei. Die deutsche Regierung dürfe Wilhelm II. nicht einmal hindern, gegebenenfalls nach Deutschland zurückzukehren; wohl aber sei sie in der Lage, ihm einen festen Wohnsitz anzuweisen, ihn unter Bewachung zu stellen usw. Prof. Rahl schließt:

„Wäre Deutschland an die Auslieferung eines Deutschen, sei es Wilhelm II. oder irgendein anderer Staatsbürger, an das Ausland einwilligen, so wäre dies eine nationale Schmach, weil Deutschland sich damit zum Mitschuldigen an einer Rechtsbeugung ohne Beispiel machen würde.“

Als eine „nationale Schmach“ ist es, in die Auslieferung und Bestrafung des von seinem Volke geflüchteten Kaisers einzuwilligen. Keine „nationale Schmach“ ist es, für die völlige Straflosigkeit des Kaisers einzutreten, der Land und Volk zur Katastrophe geführt hat. Eine „Rechtsbeugung ohne Beispiel“ ist es, dabei mitzuwirken, daß der Mann, der vor der ganzen Welt mit die Verantwortung trägt für die Anzettlung des Weltkrieges und die unerbittlichen Verbrechen der deutschen Kriegsführung, zur Verantwortung gezogen und unschuldig gemacht werde. Keine Rechtsbeugung ist es, dem endlich befreiten Volke das Recht abzuschreiben, über den Schuldigen des Weltkrieges zu Gericht zu sitzen und kraft seiner Souveränität die Revolution vor ihm und seinem Anhang zu sichern. Diese Konstitutionen des Berliner Staatsrechtslehrers seien, mit welcher verbissener Wut, mit welcher weltfremder Rücksichtslosigkeit die offizielle Wissenschaft dem aus der Revolution geborenen Recht des Volkes gegenübersteht.

Der Mischmatsch wieder fertig.

Wie jetzt gemeint wird, haben die Her die Vereinigung der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gescheiterten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich morgen ihren feierlichen Abschluß finden.

Wie so endet der Versuch, die wirklich demokratischen Elemente des Bürgertums zu einer entschieden demokratischen Partei zusammenzuschließen! Denn damit fing es an: Eine Anzahl linksradikaler bürgerlicher Politiker, geführt von Theodor Wolff und Selmschütz v. Gerlach, erließen einen Aufruf zur Konstituierung einer neuen, sich entschlossen auf den Boden der neuen Verhältnisse stellenden, für talfräftige Demokratie wirkenden Partei. Dem verwarferte sich diese Köhler über schon durch das Bestehen, möglichst weite Kreise der liberalen Bourgeoisie zu umfassen. Elemente fanden in der neugegründeten „Deutschen Demokratischen Partei“ Aufnahme, die nach ihrer ganzen Vergangenheit ein höchst zweifelhafte Gewinn waren. Wohl wehrten sich die Gründer zunächst noch dagegen, daß sich ein unauflöslicher Mischmatsch aller liberalen und sozialliberalen Elemente bildete. Stresemann und ein paar seiner näheren Freunde wollte man nicht mit-

nehmen. Das führte zur Gründung einer zweiten neuen „liberalen“ Partei, der „Deutschen Volkspartei“. Hier einen sich nun nicht nur die Stresemann, Bausche usw., sondern auch vom rechten Flügel der Fortschrittler stießen nicht wenige hinzu, geführt von den Köpfig, Wiener und Konforten. Im ganzen ein reaktionärer Mittels, über dessen wahren Charakter man sich nicht im Unklaren sein konnte.

Nun kommt die Kunde, daß die beiden Konkurrenzparteien doch noch zusammenkommen. Um so besser! Man hat nun Arbeit. Mit der Demokratie ist es nicht, kann es in der neuen geeinten Partei nichts mehr sein. Man wird weiter mit demokratischen Phrasen arbeiten, aber nur, um dahinter um so weniger zu sehen, eine von den Interessen des Reiches diktierte Politik treiben zu können. Eine Partei mit den Namen, Stresemann und möglicherweise auch noch Helfmann als Führern. — Das Volk wird ja wohl nach den Erfahrungen des Krieges wissen, was es davon zu halten hat.

Die Befehung des linken Rheinufer.

Aus verschiedenen linksrheinischen Orten liegen Berichte über den Einmarsch der feindlichen Besatzungen vor. Diesmal wird dann auch schon über das Auftreten dieser Befehungen geflagt; besonders entrüstet sich die Presse über die Tatsache, daß die Bürger gezwungen würden, vorbeikomende französische oder belgische Offiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen und vor ihnen vom Bürgersteig zu gehen. Diese Entrüstung ist insofern nicht wohl am Platze, als diese Sitte oder Unsitte von den Deutschen zuerst eingeführt wurde. Die Franzosen mußten, solange die Deutschen Teile Frankreichs besetzt hielten, vor jedem deutschen Offizier den Hut ziehen und ihm selbstverständlich auch den Weg frei machen. Wer nicht parierte, flog ins Gefängnis. Daß deutsche Offiziere auch nicht ganz selten gewaltsam gegen die französische Zivilbevölkerung wurden, wird jeder bezeugen können, der längere Zeit auf der Etappe war.

Damit soll noch keine Rechtfertigung gewisser Anordnungen und mancher Uebergriffe ausgesprochen sein, die gemeldet werden. Allerdings ist bei diesen Meldungen auch noch wieder einige Vorsicht geboten. Bei manchen scheinen doch Ueberreibungen mitzuspielen. Man erinnert sich an die Greuelmeldungen, die bei Ausbruch des Krieges so massenhaft verbreitet wurden.

Nur mit diesen Vorbehalten wird man einige Nachrichten aus den jetzt von den Gegnern besetzten Gebieten aufnehmen dürfen.

Rotterdam, 2. Dezember. Nieuwe Rotterdamse Courant wird von einem Soben aus Kachen zurückgekehrten Bericht erachtet, daß gestern abend ein Teil der belgischen Besatzung in der Stadt angekommen ist. Heute früh war überall in französischer und deutscher Sprache eine Verordnung angeschlagen, daß vorläufig jeder Straßenverkehr zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens belgischer Zeit verboten ist. Rascher Häuser, Theater usw. bleiben vorläufig geschlossen. Jeder Transport von Personen und Gütern in der Stadt außer mit Tramway verboten. Alle Menschenansammlungen auf der Straße sind verboten und werden eventuell mit Waffengewalt auseinandergeprengt werden. Bis zum 1. Dezember abends müssen alle Waffen abgeliefert sein. Ausgehungen können jederzeit und überall abgehalten werden. Bürger, die mit der Straße belgischen Offizieren begegnen, müssen die Bürgersteig verlassen und ihr Haupt entblößen. Dem Berichterstatter im „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wurde, obwohl er Holländer ist, von zwei belgischen Offizieren der Hut zum Kopfe geschlagen. Anderen Personen wurden die Hüte mit der Weipfische heruntergeschlagen. Das Erscheinen und der Verlauf von Zelungen und anderen Druckwerken ist verboten. Niemand darf Kachen verlassen oder die Stadt betreten. Zwischen 4 Uhr abends und 8 Uhr morgens muß in den Erdgeschossen aller Häuser Licht brennen. Personen, die die obenstehenden Bestimmungen übertreten, werden ohne weiteres erschossen werden. Der Stadt wird sofort eine Wache aufgestellt. 10 Geiseln müssen sich fortwährend auf dem Rathaus aufhalten. Sie werden alle 24 Stunden durch 10 andere Geiseln abgepl.

Trier, 2. Dezember. Amerikanische Truppen sind gestern, Sonntag, nachmittags 1 Uhr, in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterie-Regiment hat die Stadt besetzt. Heute fanden mehrere Durchmärsche amerikanischer Truppen statt, die in der Richtung nach Koblenz marschierten. In der Stadt

Die Wende.

Von Max Dext.

I.

Soziallogisches.

Wir haben in Nr. 17 dieses Blattes die allgemeine Grundfrage des ästhetischen Verhaltens dahin definiert, daß es nichts anderes als eine möglichst isolierte Einstellung auf ein Gefühlsobjekt sei. „Düht man das Fiktion um seiner selbst willen wollen, gibt man sich bei einem Erlebnis möglichst rein und ausschließlich dessen Gefühlsbeziehung hin, so gelangt man zu einer eigentümlichen seelischen Verfassung, die man das ästhetische Verhalten nennt.“

Nicht man nun von dieser Einstellung aus seinen Blick auf die Kunstwerke unserer Tage, so erkennt man, daß wir heute in einem Zeitalter der Wende leben. Nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in einer Zeit der Wende künstlerischer Orientierung. Diese neue Orientierung künstlerischer Gestaltung hat bereits lange vor dem Kriege eingesetzt. Und ihr Wesentliches bedeutet eine Wendung von naturnahe zu naturferner künstlerischer Gestalten.

Man ist heute der Meinung, daß wesentliche Veränderungen aus einem Kunststile in einen anderen auf Veränderungen im Gemeinschaftsleben zurückzuführen sind; hier sucht man die Wurzel für den Stilwechsel. Und eine derartige Umordnung des Gemeinschaftslebens war eben schon lange vor dem Kriege gegeben.

Der „Naturalismus“ hatte im Laufe des vorigen Jahrhunderts die „Ästhetik der Bürgerlichkeit“ proklamiert, und damit in den Kreisen des Bürgertums das Gefühl relativer Ungeborgenheit erweckt. Einer der Grundzüge der Soziallogie beschränkt nun, daß in vorerzählten Zeiten, in denen sich die „Persönlichkeit“ neuartend, verortet einer Institution noch der Gesamtheit gegenüber gebunden fühlt, die Schaffensweise des Naturalismus, der Naturnahe in der künstlerischen Gestaltung zu berechnen pflegt. Und so war es auch tatsächlich in den beiden Generationen zwischen 1850 und 1900 der Fall. Bis zur höchsten Reizung einmalig-persönlicher Merkmale wurden im Naturalismus und im Impressionismus die Kunstwerke geschaffen.

Da heute gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine Wende

ung des allgemeinen Gemeinschaftsgefühles ein. Die Menschen erkennen, daß die „persönliche Freiheit“, wie sie der Liberalismus verfocht, nur eine Scheinfreiheit war. Denn da der Staat jeden halten und walten ließ, wie er wollte, mußte jeder bald und sehr eindringlich der wirtschaftlich Schwächere in höchste Abhängigkeit vom wirtschaftlich Kräftigeren geraten. Die Machtmittel, die Kapitalisten einzelnen gab, konnten für die Weissen eine eigentümliche „Freiheit“ seines Lebens und seiner Entschlüsse nicht aufkommen lassen.

Infolge dieser Erkenntnis kam es im Laufe der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts zu einer allgemeinen Umorientierung der Gesellschaft. Die wirtschaftlich Starke schlossen sich zu den großen Verbänden der Mittelschichten und diese wieder zu den überragenden Vereinigungen der Kräfte zusammen. Auf der Gegenseite anwohnten die Rebellnehmer durch letzten Zusammenstoß in den dem einzelnen übergeordneten Verbänden der Gewerkschaften. So haben beide Teile ihre „liberale Freiheit“ auf, um im Verleite Märker zu sein; und so trat der Kampf der Gruppen an die Stelle des Kampfes der einzelnen. Damit wieder entstand aber eine außerordentlich starke Bindung des Einzelnen, und so mußte, wenn die Soziallogie Recht behalten wollte, auch eine Veränderung der künstlerischen Gestaltungen auftreten.

Der zweite Hauptfach dieser Soziallogie beschränkt nämlich, daß alle jene Zeiten, in denen sich der einzelne nicht frei, sondern unter irgend einer Institution gebunden fühlt, nicht naturalistisch, nicht naturnahe gestalten, sondern ein naturferner Schaffen pflegen. Die Dichterwerke und Bilder bemühen sich nicht mehr, möglichst der Natur zu gleichen, wie etwa die Weber Verhört Hauptmanns und die Gesellschaftsdramen Ibsens, oder die Bilder Delois und Hebermanns, sondern die künstlerische Gestaltung vertritt, gegen alles naturhaft Gegebenes, „idealistisch“ oder „expressionsistische“ Formungen zu finden, die nicht mehr in Anlehnung an das naturalistisch Vorhandene, sondern gegen dieses, als Haltung innerseelischer Gefühle und Energien gehalten werden.

Eine derartige Umorientierung vom Naturnahe zum Naturfernen hat sich immer noch, so oft sie in der Geschichte schon austrat, unter den größten Schwierigkeiten und gegen die größten Widerstände vollzogen. Denn sie verlangt vom dem Künstler sowohl wie vom dem Besiehenden ein hohes „Mühen“. Der

naturalistische Künstler empfängt sein Werk auf dem Wege „von Außen nach Innen“. Er brodeliert vorerst einen Ausdruck des Wirklichen. Er sieht etwa mit Ibsen die „Lügen“ der Gesellschaft, er macht in seinem Leben die Erfahrung, wie ein Mensch vor eigener Schwäche und vor eigener Schuld die Augen verzieht, wie er diese Dinge nicht sehen will, und wie seine Umgebung ihn so macht in diesem Zustand der „Bedenklage“ belagt. Und nun geht dieser naturalistische Dichter heran, um gestaltet, in der „Wildente“, diese Tatsachen nach. Er hält sich an die erfahrbaren Geschehnisse, die ihm das wirkliche Leben von außen her gegenüber. Er läßt sie möglichst in ihrer Tatsächlichkeit bestehen, läßt die Menschen so reden und handeln, wie sie es in der Wirklichkeit tun. Und so malt er in gleichem Verhalten auch alle naturalistischen Maler die Formen, Farben, Lichter der gegebenen Objekte in ihrer äußeren Gegebenheit ab.

Der naturferne Künstler geht einen anderen, den Gegenweg. Er hat auf Grund mannigfacher Erlebnisse eine bestimmte innere Stimmung, ein ganz allgemeines Gefühl der Welt erworben. Nun hält er dieses Gefühl in sich, und versucht, es in den künstlerischen Formungen und Gestaltungen, die er erbaute, zum Ausdruck zu bringen. Er geht den Weg „von Innen nach Außen“. Er verändert die Formen des Gegebenen, ordnet sie um, läßt als Dramatiker etwa seine Figuren in Versen und Reimen sprechen, erchaute Phantasiegebilde, wie sie derselbe Hauptmann der „Weber“ etwa in der „Verjüngten Wode“ gedichtet hat. Und auch der Bildkünstler erbaute Kompositionen und Figuren, wie sie die Wirklichkeit nicht kennt. Er stellt ganze Gruppen zusammen, deutet oder brüdt die Leiber, gibt ihnen „unwirkliche“ Wesen, läßt sie Phantasiegestalten sein; alles, mit einem inneren Gefühl, daß sich in der äußeren Welt der Objekte nicht findet, Ausdruck zu geben.

Diese Tatsache des seelischen „Ausdrucks“ von Innen nach Außen hat dieser ganzen Kunstströmung den Namen „Expressionismus“ gegeben. Wie diese grundtätige Veränderung vom Naturalismus zum Expressionismus seit der Jahrhundertwende vor sich gegangen ist, wie sie von einzelnen starken Pionieren vorbereitet, dann von immer weiteren Gruppen übernommen worden ist, gibt der modernsten Kunst ihr eigenständiges, verwirklichtes Gepräge.

Verpflichtung. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Regierung mit der Polizei übernommen. Eine Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrag der amerikanischen Kommandantur bestimmt die Abgabe sämtlicher Waffen bis zum 1. Dezember. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften zwischen 8 und 9 Uhr nachmittags besuchen.

2. Dezember. Französische Besatzungsabteilungen von mehreren hundert Mann sind gestern u. a. in Bergabern, Rindeln, Winden und Ploeg eingedrungen. Der Verkehr auf den südpfälzischen Bahnstrecken ist eingestellt.

3. Dezember. Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich auch farbige befanden, wurde gestern um 11 Uhr die Stadt unter französisches Oberkommando gestellt.

Ungeblühte Forderungen der Alliierten.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der parlamentarische Mitarbeiter der entschiedenen Liberalen „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling berechnet.
2. Sämtliche verunachteten Häuser in den Städten dieser Gegend müssen von deutschen Arbeitern aufgearbeitet und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
3. Es soll Schadenersatz für den verunachteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, ohne daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die belgischen oder anderen Kaufmannschaften gebaut werden.
4. Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.
5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
7. Die Verbesserungen in Italien, Serbien und Rumänien sind ebenfalls wieder gutzumachen.

Gompers Stellung zum Frieden.

An der Friedenskonferenz wird auch der Führer der amerikanischen Gewerkschaften teilnehmen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, seine Stellung zu den Friedensproblemen kennen zu lernen. Gompers hat nun auf der amerikanischen Arbeiterkonferenz, die in Laredo (Texas) stattfand, folgende Resolution beantragt:

- Wir erklären, daß die folgenden wichtigen und grundlegenden Prinzipien die Basis des Friedens sind und gleichzeitig Prinzipien aller Kulturvölker bilden müssen:
1. Eine Liga der freien Völker der Welt, die sich zu enger Zusammenarbeit eng verbunden haben, im Hinblick auf die Gerechtigkeit und, demgemäß, auf den Frieden, in den internationalen Abmachungen.
 2. Keine politischen oder ökonomischen Beschränkungen, die bestimmte Nationen zu bevorzugen und die geeignet sind, andere Nationen zu schädigen und zu unterdrücken.
 3. Keine Repressalien, die begründet sind auf dem Wunsch nach Rache und auf überlegten Plänen, Unrecht zu tun, sondern nur zu dem Zweck, offensichtliches Unrecht gut zu machen.
 4. Anerkennung der Rechte der kleinen Völker und Annahme des Prinzips, daß kein Volk gewaltsam unter eine Herrschaft gebracht werden kann, unter der es nicht leben will.
 5. Keine territoriale Neugebaltungen und keine Grenzverschiebungen, außer solche im Interesse des Wohles der interessierten Völker und der Befestigung des Weltfriedens.
 6. Außerdem sollen diesen Prinzipien im Interesse aller Völker und besonders der Arbeiter, für die sie eine Lebensfrage sind, folgende wichtige Erklärungen hinzugefügt werden:
In Gesetz und Vertrag muß das Prinzip anerkannt werden, daß die Arbeit eines menschlichen Wesens keine Ware und kein Handelsartikel ist.

Das Getreide als Zeitquelle

behandelte am 26. d. M. Prof. P. Rindner in der Sitzung des Vereins deutscher Chemiker.

Er hat in der sogenannten Neurontheorie der Getreidefermentation weit nachgewiesen. Bisher hat man nur die Keimlinge der Körner untersucht. Die übrigen Keimlinge der Neuronzellen sind aber weit bedeutender, etwa 10 mal so groß. Beide pflanzlichen Teile zusammen ergeben für die deutsche Getreideproduktion etwa 1 000 000 Tonnen, d. h. ebensowohl wie im Frieden Deutschland an pflanzlichen und tierischen Fetten importierte. Im Kriege wurde dem Viehfutter alles Fett entzogen, in dem die Kleie im Brot mitverarbeitet wurde. Im Brot wurde aber das Neuronfett der unverständlichen Fellen wegen vom Menschen nicht ausgenutzt, während es an Milch und Butter gebracht, weil die Kleie, die über anderartigen Verdauung wegen des Fett der Neuronzellen abnehmbar, weil sie die Fettsäuren auslösen, die Kleie und Weizenreiter nicht erhalten. Auch Pferd und Schaf verwerten das Neuronfett, dagegen gar nicht das Getreide und sehr wenig das Schmalz, woraus sich ergibt, wie die Kleie am nützlichsten zu verwenden wäre. Entweder ist die Kleie wieder aus Mehl abzuscheiden oder sie muß so behandelt werden, daß das Fett der menschlichen Verdauung zugänglich wird, was der Fall ist, wenn man die Neuronzellen in Salzsäure auflöst. Leider gibt es bisher noch kein Verfahren, diese Aufschichtung praktisch und im großen auszuführen. Immerhin zeigte der Vortrag, wie sehr manche wohlgemeinte Kriegsmassnahmen gegangen sind.

In der anschließenden Diskussion wurde in den Optimismus, was den Vortragenden reichlich Wasser geschüttet und als Ergebnis kann konstatiert werden, daß der zu erwartende Gewinn wahrscheinlich durch entsprechende Verluste in der Tierzucht wettgemacht werden können. Alle solche theoretischen wichtigen Untersuchungen sind praktisch nur in Zeiten ausgesprochenen Mangels von Wert. Wenn hinreichend pflanzliche und tierische Nahrungsmittel verfügbar sind, wird man dem Brot wieder Fett und Eiweiß der Keimlinge, nach dem Vieh das Neuronfett entnehmen. Ganz sehr ging jedenfalls die Polemik eines Redners gegen die Erhöhung der Produktion, man solle lieber Vieh füttern. Der Redner veranlaßte, daß gegenwärtig Rot sofort befriedigt werden muß und daß unsere Vorräte nicht einmal dazu lange reichen. Der Ernährungskommissioner handelt also durchaus nicht „sozialdemokratisch“. Sehr richtig begründete dagegen ein anderer Herr den Wert und die Zuverlässigkeit der

Die Rechte auf freien Zugang zu den öffentlichen, auf freie Versammlungen, auf die Freiheit des Wortes und der Presse dürfen nicht beschränkt werden.

Den Mannschaften der Handelsflotte muß das Recht zugesichert sein, ihre Schiffe verlassen zu können, wenn sie im Hafen angekommen sind.

Keine Produkte oder Handelswaren dürfen ausgeführt oder dem internationalen Handel zugeführt werden, an deren Herstellung Kinder unter 16 Jahren zu arbeiten gezwungen oder ermächtigt sind.

Es muß erklärt werden, daß der Arbeitstag in Handel und Industrie nicht 8 Stunden übersteigen darf.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Für einen internationalen Sozialistkongreß.

Bern, 2. Dezember. Die interventionistische Union Sozialista Italiana hat noch lebhafter Ausdrücke beschloffen, mit allen Sozialistpartei, die das Londoner Memorandum unterzeichnet haben, sowie mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau gemeinschaftlich eine internationale Sozialistenkonferenz zusammenzurufen, in welcher die Sozialdemokratie der ganzen Welt die Bedingungen eines gerechten Dauerfriedens aufstellen soll. Als Hauptpunkte für einen Dauerfrieden werden in der Tagesordnung u. a. genannt die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Abschaffung der Geheimdiplomatie und der stehenden Heere, der Einrichtung einer internationalen Schutzwehr und internationaler Kontrolle der Rüstungen sowie einer internationalen sozialen Erziehung, die gleiche Rechte für die Arbeiter aller Länder verbürgt. Eine zweite von der Union Sozialista Italiana angenommene Tagesordnung verweist die Einmischung der Entente in die sozialistische Revolution in Russland.

Die Neutralen und der Völkerbund.

Kopenhagen, 2. Dezember. Die dänischen Blätter veröffentlichen am Dienstag morgen eine durch Riksbaus Bureau verbreitete amtliche Note, in der ausgeführt wird: In Uebereinstimmung mit den auf den nordischen Ministertag zusammengeführten gefassten Beschlüssen ernannte die Regierung der drei Länder Ausschüsse zur Bearbeitung des vorliegenden Materials zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während und nach dem Friedensschluß. In mehreren gemeinsamen Sitzungen einigten sich die Ausschüsse aller drei Länder über den Vorschlag für eine mögliche Organisation eines Bundes der Völker. Der Vorschlag umfaßt die allgemeine Verpflichtung, Streitigkeiten zwischen Staaten einem Schiedsgericht oder einer Vermittlung zu unterwerfen, ferner die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsbehörden sowie einer ständigen Organisation von Frieden- oder Völkerrechtskonferenzen im Haag. Die Stellung der nordischen Staaten zu dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Gedanken einer internationalen Einverständigung der Rüstungen und die Frage betreffend internationale Rechtsmittel zur Geltendmachung der Organisationen sowie die daraus sich ergebenden Folgen waren Gegenstand einer vorläufigen Erörterung innerhalb der Ausschüsse und werden bei der fortgesetzten Zusammenarbeit der drei Länder weiter besprochen werden.

Die neue belgische Regierung.

Dem neuen belgischen Ministerium gehören folgende Sozialisten an: Ansele (öffentliche Arbeiten), Vandervelde (Justiz, Wänters (Industrie und Erziehung), Coppieles (Unterhaushaltsfeld für öffentliche Arbeiten). Ueber das Programm des neuen belgischen Ministeriums berichtet die „Humanität“ vom 22. November: Allgemeines Einverständnis mit 21 Forderungen, nach 6 Monaten Aufenthalt; mögliche schnelle Wahlen, wahrscheinlich im Mai. Man wird sich bemühen, die Formalitäten der Verfassungsänderung möglichst zu vereinfachen. Abschaffung des Artikels 310 des Strafgesetzbuchs, betreffend Arbeitsrecht; Errichtung einer ständigen Unterabteilung durch fortschreitende Ausdehnung großer Kurse an der Universität Gent. Die Frage des Frauenstimmrechts bleibt offen, ist aber nicht entschieden. Die Riksbau dieser Regierung wird wahrscheinlich mit den neuen Wahlen beendet sein, die, glaubt man, Änderungen in der Vertretung der verschiedenen Parteien herbeiführen werden.

meinen „wissenschaftlichen“ Publikationen der Kriegszeit, weil sie alle tendenziös gefärbt und von der Zensur beeinflusst und beschnitten seien.

Der Grassteppich von Mcenslon.

Ein Naturwunder.

Auf der kleinen Insel Mcenslon (Himmelsfahrtsinsel) bildete sich im vorigen Jahre plötzlich ein prächtiger Grassteppich, ohne daß eine menschliche Hand irgendwo gefast hatte.

Im Jahre 1810 hatten die Engländer die kleine Insel besetzt, die etwa 95 Quadratkilometer umfaßt und auf dem Weg von den Kapverdiens Inseln nach St. Helena liegt, etwas über tausend Seemeilen nördlich dieser Insel. Die Engländer wollten von hier aus den gefährlichen Kaiser Napoleon auf St. Helena bewachen. Die kleine Insel ist vulkanischen Ursprungs und ihr Boden scheint nur aus Schlacke und Lava zu bestehen. Daher konnte sich kein Pflanzenleben auf ihr entwickeln.

Im Mai vorigen Jahres und in den folgenden Monaten traten indessen völlig unerwartete, langdauernde und heftige Regenfälle ein, unter deren Einwirkung es überall zu Insoffen und zu grünen begann. Die Bewohner des einzigen Ortes auf der Insel, Georgtown, erlitten das nach nie geschauete Wunder, daß sich die dunkle Schlacke mit saftigem Grün überzog. Keines Menschen Hand hatte das Gras gesät und doch wuchs es überall auf der bis dahin kahlen Insel. Man fandte einige Bündel des Grases an die Zeitung des berühmten botanischen Gartens in Kew mit dem Gesuchen um eine Erklärung des unbegreiflichen Naturwunders. In Kew erklärte man, man nehme an, der Samen sei entweder von den stäubig aus Südost wehenden Passatwinden oder von den schwarzen Seeschwalben mitgebracht worden, die sich oft auf der Insel aufhielten, und er habe sich bei dem in diesem Jahre herrschenden, so warm günstigen Wetter entwickelt. Für die Annahme, daß der Samen durch Seeschwalben hingetragen worden ist, spricht der Umstand, daß das Gras zuerst an den Stellen zu wachsen begann, die sich die Seeschwalben zum Aufsitzen zu wählen pflegten. Es konnte nachgewiesen werden, daß es eine Art Wüstengras mit sehr leuchtendem Blaugrün war, das an vielen Stellen der afrikanischen Wüste wächst.

Die Abdankungsurkunde des Kronprinzen.

Der Korrespondent der „Deutschen Allg. Zig.“ im Haag erzählt von maßgebender Stelle, daß die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am morgigen Dienstag erscheinen soll. Wie es heißt, dankt der frühere Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Die deutsche Regierung gegen die Judenpogrome.

Von polnischer Seite wird in den letzten Tagen in Schmeizger Wätern behauptet, daß die Pogrome in Galizien auf altheimische (11) Antriebe zurückzuführen seien. Von amtlicher deutscher Seite wird erklärt, daß diese Behauptungen völlig frei erfunden sind und einen Versuch der Polen darstellen, sich der schweren Schuld an den fürchterlichen Exzessen zu entziehen.

Die deutsche Regierung bebauert lebhaft die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien und Kongrepolen.

Waffenbeschaffung durch die russische Botschaft.

Wolfs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Wie sich weiter herausstellt, hat die frühere russische Botschaft sich hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied der Mission ein Bündel mit Papieren liegen gelassen. (Die Red.) Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankäufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober d. J. und lauten auf insgesamt 159 Mauserpatronen, 28 Brownings und 23 Parabellum-Patronen, 28 Mauserpatronen für insgesamt 108 000 Mark.

Keine „Republik Thorn“.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Thorn erachtet es für unzulässig, daß die kaiserlichen Gerichte über die Bildung einer „Republik Thorn“ erfinden. Diese Gerichte werden von den Riksbau erwidert, die eine Justizmarke gegen den Thorn Soldatenrat führen. Der A. u. S.-Rat Thorn vertritt die Interessen der deutschen Republik als Ganzes und arbeitet stets im sozialdemokratischen Sinne. Politisch steht der A. u. S.-Rat auf dem Boden der Nationalversammlung, er wendet sich aber entschieden gegen alle Versuche, die alte selbstherrliche Militärmacht wieder auszurufen. Zugleich protestiert er gegen die Ausschachtung der „Polenfahr“ als Waffe gegen den Sozialismus. Diese Waffe besteht für die deutsche Republik absolut nicht.

An die sozialistische Jugend der höheren Lehranstalten

Das Verbot der politischen Betätigung der Jugend in den Schulen ist durch die Revolution gefallen. Der schmachvolle Zustand gewalttätiger Unterdrückung jeder politisch selbständigen Meinungsäußerung ist beseitigt. Damit erwacht der Jugend eine neue Aufgabe, die umso schwerer ist, als bisher nicht die geringste Vorarbeit dafür geleistet werden konnte; die Jugend muß ihr politisches Recht ausüben. Doch sind wir, die wir uns zum Sozialismus bekennen, an den höheren Schulen in einer verhängnisvollen Rindergel. Um so mehr ist es nötig, daß wir uns fest zusammenschließen; denn wenn auch das Gesetz geschwunden ist, der Unterricht geht in den alten Bahnen weiter. Der Zusammenschluß wird uns die Kraft geben zur Erfüllung unserer Aufgabe. Daher haben wir uns entschlossen, in unserer proletarischen freien Jugendbewegung einen besonderen vorläufigen Ausschuss zu bilden, der sofort an die Schaffung einer sozialistischen Jugendorganisation für die höheren Lehranstalten herangeht. Deren wichtigste Aufgabe wird sein, durch eine zielbewusste sozialistische Propaganda, durch Konferenzen, Versammlungen, usw. die sozialistischen Ideen unter der bürgerlichen Schulpjugend zu verbreiten. Wir müssen ohne Verzug ans Werk gehen.

Sozialistische Schüler und Schülerinnen, schickt Eure Adressen sofort an das Jugendsekretariat Werkin, Schiffstraße 8. Schon in der nächsten Woche werden wir mit Euch allen zu einer Besprechung zusammenkommen. Verbreitet diesen Aufruf, wo ihr könnt, vor allem in den Schulen!

Die proletarische sozialistische Jugend (Freie Jugend) Groß-Berlin.
Der vorläufige Ausschuss für die höheren Lehranstalten.
J. A.: Kurt Klasse.

Die Presse in China.

Die chinesische Presse ist noch sehr wenig entwickelt, und wenn man die Presseverhältnisse der Hauptstadt betrachtet, so ist damit im großen und ganzen alles gesagt; denn Zeitungen von Bedeutung gibt es nur in Peking. Das Angekommene liegt noch in seinen ersten Anfängen; denn die Geschäfte werden in höchst primitiven Formen betrieben, und es gibt keine Oeffentlichkeit, an die sich der Geschäftsmann wenden könnte. Die Zeitungen sind ohne Ausnahme Organe der Behörden oder politischen Parteien, die ihren Ideen und Anschauungen Anhänger gewinnen wollen. In ganz Peking gibt es kein unabhängiges Organ. Für den Druck der 25 Tageszeitungen gibt es in Peking nur sechs Pressen, alles nur Handpressen. Der Satz einer chinesischen Zeitung ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden; denn an Stelle der 26 Zeichen unseres Alphabets hat der chinesische Seher mit tausend verschiedenen Schriftzeichen zu arbeiten. Es ist ein noch ungelöstes Rätsel der chinesischen Überdichtigkeit, wie ein ungeübelter Kull, der wenige Dollars im Monat erhält, imstande ist, eine so verwickelte Arbeit auszuführen, und es ist unbeschreiblich, wie diese wenigen Pressen jeden Tag so viele Zeitungen drucken können, wenn auch das Format nur klein ist.

Der Redaktionsstab einer chinesischen Zeitung besteht gewöhnlich nur aus dem Eigentümer und Herausgeber, der stets ein und dieselbe Person ist. Nur ein oder zwei Zeitungen in Peking haben ihren eigenen Berichterstatter, der für den lokalen Teil sorgt. Für auswärtige Politik hat man überhaupt kein Interesse, und vom Krieg spricht man sehr wenig.

Die chinesischen Journalisten sind größtenteils Studenten, die in Japan moderne Bildung erhalten haben und den größten Gegensatz zu den altmodischen Schriftstellern bilden, die schon geklebte Plakate für die Hauptstädte bei einem Zeitungsausschlag halten. Tant diesen modernen Elementen hatten Sachlichkeit und tiefer Kenntnis langsam, aber sicher ihren Eingang auch in die chinesische Presse.

17 Millionen Telefonapparate.

„Financial News“ berichten, daß es in der Welt 17 Millionen Telefon-Apparate gibt. An erster Stelle steht Amerika mit 18,2 Millionen, während die Gesamtzahl der Apparate in Europa zur entsprechenden Zeit nur etwa 4½ Millionen betrug. Von den europäischen Ländern hat Deutschland vor dem Kriege mit 1 420 000 Telefonen obenan; Schweden hatte 347 000 Apparate und steht im Verhältnis zur Volkszahl, was die Telefonverbreitung betrifft, unter den Völkern an erster Stelle.

Gewerkschaftliche Sammlung!

B. Rudner.

Der Umsturz des verfallenen Regimes ist nicht nur gegen den Willen der abhängigen Sozialdemokraten vollzogen worden, sondern auch das Übergewicht der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie mußte beseitigt und die Bahn zum zilsicheren Weg freigemacht werden.

Dem Gros der deutschen „freien“ Gewerkschaften, resp. deren Führern, die sich bislang rückhaltlos der niedergeschlagenen Autokratie zur Verfügung stellten, verdanken wir den Niedergang der gewerkschaftlichen Internationale und der moralischen Antipathie, deren wir uns als ehemalige weitbekannte gewerkschaftliche Schrittmacher nun zu „erkennen“ haben.

Wir, die wir auch in den heißesten Tagen des chauvinistischen Größenwahns kühl und prinzipienfest blieben, wir empfanden doppelt die Last jenes Erbes, das uns all jene Verblendete und Renegate hinterließen, das wir nun zu liquidieren haben.

Die Schaffung des heiligen Burgfriedens, das Hilfsdienstgesetz, der Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland, die Gutheißung der Ludendorff-Spende usw. sind so die Meilensteine auf dem falschen Weg, den man den Arbeitern mitzumachen zumutete. Während ein hochwürdiges System 4 1/2 Jahre verteidigt wurde, haben unsere gewerkschaftlichen Schwächlinge mit unsern wirtschaftlichen Fonds Kriegsanleihen gezeichnet und uns an den Rand des intellektuellen Bankrotts gebracht.

Dieser Herrlichkeit muß nun ein Ende bereitet werden. Vielen Gewerkschaften war es bisher nicht möglich, ihre ordnungsgemäßen Generalversammlungen abzuhalten. Dies muß baldigst nachgeholt werden. Haben wir das verurteilte bürokratische System endlich beseitigt, so haben wir erst recht die Pflicht, innerhalb unserer wirtschaftlichen Organisationen den Lufthauch der neuen großen Zeit nicht zu hemmen und den noch größeren, bevorstehenden Aufgaben gerecht zu werden.

Alles Alte und Burmesische muß in der Berenkung verschwinden.

Wir haben nicht nur Verpflichtungen gegen uns selbst, sondern auch gegen die Internationale, wir müssen versuchen, die abgerissenen Fäden wiederzufinden und zu knüpfen, die inkünftig allen Gefahren, die uns umdrängen könnten, trogen sollen.

Gründlichste Säuberung innerhalb unserer eignen Institutionen ist zunächst erste Grundbedingung.

Neues Leben nur in die Gewerkschaften kommen. Wir brauchen neue Leute, die die Zeichen der Zeit zu deuten wissen. Die kommende Sozialisierung wird den Gewerkschaften neue Tätigkeitsgebiete bringen und zuweisen.

Wir müssen selbst alle diese Fragen nach allen Richtungen erörtern und vorarbeiten, um jederzeit gerüstet und aktionsfähig dazustehen.

Wir werden einen großen Bedarf an technischen Verwaltungstalenten haben, die die Gewerkschaften werden helfen müssen.

Es wird zu erwägen sein, ob unsere Verbände nicht verwaltungstechnische Kurse einrichten sollen, um untern im praktischen Leben stehenden Industriearbeitern all jene notwendigen Kenntnisse noch zu vermitteln, deren sie bedürfen.

Innerhalb der kapitalistischen Ordnung waren gewisse Grenzen der gewerkschaftlichen Betätigung gezogen. Diese sind gefallen, unser Aufgabenkreis hat sich erweitert.

Wir werden mehr als bisher Bildungsarbeit in den Gewerkschaften leisten müssen, uns mehr mit nationalökonomischen Fragen beschäftigen müssen als es bisher geschah.

Die wirtschaftlichen Tagesfragen und der Aufwand an Arbeit hierfür dürfen nicht nur Haupttätigkeit unserer Gewerkschaften werden.

Für eine geistige Durchdringung der breiten Massen der Mitarbeiter muß Gelegenheit geschaffen werden, um so die Mitarbeiterkraft aller zu sichern.

Unsere Verwaltungen selbst müssen demokratisiert, Bildungs- und Aufklärungsausschüsse geschaffen werden, so daß das letzte Mittelglied vom Fluidum der großen historischen Umwälzung erariffen wird.

Insbesondere muß innerhalb der Angestellten- und Beamtenorganisationen fruchtbare Arbeit geleistet werden. Wir bedürfen dieser Kräfte, schon ihrer Spezialkenntnisse im Bank- und Handelswesen usw. wegen, um wenigstens die wichtigsten Kemter und Verwaltungsaufgaben in sichere Hände zu legen.

Durch fortwährende demokratische Kontrolle muß einer reaktionären Diktatur einzelner vorgebeugt werden, und unsere gewerkschaftlichen, administrativen und legislativen Körperchaften müssen derartig zusammengesetzt sein, daß rückfällige Meinungen als ausgeschlossen gelten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß man eine Generalkommission jeglicher Güte mit der Durchführung bestimmter Aufgaben beauftragt, ihr eine große Machtvollkommenheit in die Hand gibt, mit der Mißbrauch angetrieben wird, und daß man sich genötigt sieht, hernach dies als großen und schweren Fehler einzugestehen.

Dies ist eben nur möglich, weil die Art und Größe der auf uns nun einwirkenden Probleme nicht allen klar sind.

Wissen ist Macht, je mehr wir wissen, um so machtvoller werden wir sein, desto weniger unnütze Wege werden wir zu gehen haben.

Es bedarf der Sammlung des einzelnen und des Ganzen. Jeder sozialistische Gewerkschaftler muß sich mehr denn je an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen, die Selbstdisziplin und Organisation herbeiführen, initiativ und vorkautionistisch wirken und produktive Arbeit leisten. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 8 Stunden gibt uns etwas mehr Zeit und Muße, zu lernen und zu wirken. Jeder einzelne dient dem Ganzen, und je mehr wir uns aus der Enge des bisherigen Daseins herausreißen und -heben, um so eher kommen wir zum Ziel: der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu bereiten.

Groß-Berlin.

Die Berliner Arbeiterratswahlen.

Fristsverlängerung um einen Tag.

Berlin, 2. Dezember. (Amtlich.) Arbeiterratswahl für Groß-Berlin. Wir machen nochmals auf die Meldungen aufmerksam. Der Meldetermin wird um einen Tag verlängert. Letzter Meldetermin Mittwoch, 4. Dezember 1918, nachmittags 6 Uhr. Die Orte Mariendorf und Mariensfelde sind in der Liste nachzutragen.

Die Wahlkommission.

J. U.: Neumann.

Wahnsinnige Deje.

Die neue Ordnung hat in manchen Köpfen große Verwirrung angerichtet. Noch mehr die Furcht vor sozialistischer Propaganda. Unter Soldaten hat eine gewisse Fresse vor Diebstahl, besonders Goldschmelze, Wobin das führt, steigt ein Plakat, das gestern früh an den Anschlagssäulen im Bismarckpark angeheftet war. Der Wortlaut des Plakats lautet:

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tödet Liebsknecht!

Dann wecket ihr Frieden, Arbeit und Brot haben.

Die Frontsoldaten.

Man sieht, daß manche Leute tatsächlich wahnsinnig geworden sind. Schlagt Liebsknecht tot, schlägt alle tot, die der Arbeiterklasse ihr Recht wahnen wollen, und war schon immer die Parole jener Gewaltpolitiker, die uns so lange niedergehalten und jetzt die gewählte Pressefreiheit dazu benutzen, ihrer Bestiennatur die Fägel schießen zu lassen. Ob das Plakat wirklich von Frontsoldaten ausgeht, steht dahin, aber natürlich reden auch im grauen Kock genug von jener Sorte, die die eigenen ihnen unabwequemen Volksgenossen lieber heute als morgen aus dem Wege räumen. Es wird wirklich Zeit, mit derartigem Gefindel auszuräumen. Leider bleibt es im vorliegenden Falle anonym. Brutal und feig war immer ihre Parole.

Volksrat, Ausschuss für preussische Angelegenheiten (Preussenausschuss). Der Ausschuss hat sich konstituiert und zu Vorsitzenden die Genossen Obuch und Hermann Bergmann, zum Schriftführer den Genossen Bierth gewählt. Es wurde beschlossen, sich über die bisherige Tätigkeit der neuen preussischen Ministerien Bericht erstatten zu lassen und die Ministerpräsidenten gegen Anstiprade über die gemeinschaftliche Arbeit zur nächsten Sitzung einzuladen.

Bravo! Die 730 Arbeiter und Arbeiterinnen vom Stahlwerk Becker in Reinickendorf beschlossen in ihrer Betriebsversammlung, daß die Arbeiterinnen 50 Pf. und die Arbeiter 1 Mark wöchentlich zu einem Agitationsfonds für die U. S. V. D. beisteuern. Ferner wurde beschlossen, auf den Reiben der Kollegen zwei Mann zu beauftragen, im Sinne der U. S. V. D. auf dem Lande bis zur Wahl der Nationalversammlung zu agitieren.

Banken. Die Lebensmittel dieser Woche. Im Laufe dieser Woche gelangen in unseren Verkaufsstellen zur Verteilung: Auf die allgemeine Lebensmittelkarte: 100 Gramm Graupen auf Abschnitt 70, soweit die Ware noch nicht abgehoben ist. 100 Gramm Grieß auf Abschnitt 72 nach Eingang der Ware. Auf die Panlauer Lebensmittelkarte: Räumwaren, soweit solche eingehen, auf Abschnitt 114, 128 und 9. Auf besondere Karten: 2300 Gramm Brot oder 1850 Gramm Brot und 300 Gramm Mehl auf die Brotkarte vom 2.-8. Dezember 1918. 20 Gramm Butter, 50 Gramm Margarine, 250 Gramm Fleisch mit Knochen und Wurst auf die Abschnitt 1-10 der Reichslebenskarte vom 2.-8. Dezember 1918, 7 Pfund Kartoffeln auf die Abschnitt 188a-g der Kartoffelkarte der Gemeinde Berlin-Pankow, 375 Gramm Zucker auf Abschnitt 23 der allgemeinen Zuckerkarte, gültig vom 1.-15. Dezember 1918, 1 Päckchen Süßstoff (H-Padung) auf Abschnitt 12 der Süßstoffkarte für den Monat Dezember 1918. Zulage an Personen über 75 Jahre: 500 Gramm Pasterknoten für den Monat auf Bezugschein. Zulagen für Kinder bis zu 9 Jahren: 500 Gramm Pasterknoten für den Monat auf Bezugschein, 375 Gramm Zuckergulage für Kinder im 1. Lebensjahre auf Abschnitt 23a, b und c der Zusatzzuckerkarte, 250 Gramm Zuckergulage für Kinder im 2. Lebensjahre auf Abschnitt 23a und b der Zusatzzuckerkarte. Für Kinder vom Beginn des 3. bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres: 125 Gramm Zuckergulage auf Abschnitt 23 der Zusatzzuckerkarte.

Mariendorf. In einer öffentlichen Versammlung am 1. Dezember machte Genosse Rietze über die Verhältnisse in der Gemeindeverwaltung weitere Feststellungen. Obwohl die Unternehmung noch nicht abgeschlossen ist, sehe doch schon sehr, daß während des Krieges die Schuldenlast der Gemeinde, die etwa 2300 Seelen zähl, um mindestens 4 Millionen Mark gestiegen ist, ohne daß Bedingung dafür vorhanden ist. Darlehen wurden in großen Beträgen aufgenommen und in die Bücher eingetragen, aber wo sie geblieben sind, ist nicht zu erfahren. Die Gemeinde soll laufend über alle weiteren Feststellungen unterrichtet werden. Nach einem Vortrag des Genossen Platon über das Thema: Was ist Sozialismus? meldete sich eine größere Anzahl Mitglieder zur Partei. Auch für die Parteipresse wurden Abonnenten gemeldet.

Spekulanten.

Die Kriegspreispekulanten haben sich verreckt. Die noch Eingekerkerten sind heute über daran, denn die Preise purzeln oder steigen doch Schwächenanbahnungen. Ein plötzliches Kriegsende hatten die meisten nicht gesehen, jeder Stoplex hoffte noch, seine Ware rechtzeitig abzugeben. Viele glaubten, die Friedensnachfrage würde die Preise stabilisieren. Auch in Deutschland gab es Theoretiker und Praktiker, die einen Preissturz für unmöglich hielten. Diese Bücher wurden zur Begründung dieser Ansicht geschrieben. Man lese beispielsweise, was Steinmann-Buchet darüber gesagt hat. Die Leute haben sich getäuscht. Wohl geht der Preisabbau nicht einse tlich vor sich, wohl sind Schwankungen möglich, Preisstufen, je nach den örtlichen Bedingungen und nach anderen Spezialursachen. Aber die Tendenz nach unten ist unabwehrbar.

Ein Beispiel: In den neutralen Ländern, insbesondere in

den nordamerikanischen Ländern, waren die Lebensmittelpreise bis in unglaubliche Höhen gestiegen. Erbsen lagen um 1000 Prog., ja um einige 1000 Prog. waren sie im Vergleich. Sobald der Waffenstillstand unterzeichnet war, begann der Preisfall. In wenigen Tagen ging am schwedischen Chemikalienmarkt der Preis für feinstes Soda von 11 bis 12 Kronen auf 6 bis 7 Kronen, für feinstes Soda von 8 bis 7 Kronen auf 4 Kr. 50 Cere, für feinstes Soda von 2 Kr. 50 Cere auf 1 Kr. 25 Cere pro Kilogramm zurück. Vor dem Waffenstillstand bezahlte man in Schweden für das Kilogramm Leinöl 30 Kronen, einige Tage später 12 bis 14 Kr. Der Sammelpreis ging von 8 bis 9 Kr. auf 4 Kr., der Preis für Bromkalium sogar von 80 Kr. auf 25 Kr. pro Kilogramm zurück. Eine wahre Angst war in die Händler und Fabrikanten gefahren. Alle Augenblicke hatte man in Skandinavien neue chemische Fabriken errichtet. Schwefelphosphorfabriken, Sulfidfabriken, Fabriken für medizinische Präparate, Zellulosefabriken usw. Man glaubte, sich unabhängig machen zu müssen und erhoffte nach dem Kriege einen rasenden Absatz. Aber jetzt zeigt sich, daß man sich verallturiert hat. Selbst tüchtige Kaufleute sind blind gewesen. Kürzlich hat England die Ausfuhrverbote für über 130 Artikel aufgehoben. Darunter für wichtige Chemikalien, wie Alkohol, denaturierten Spiritus, Glyzerin, Karbolsäure, Acetof, Schwefelsäure, salp. Säure usw. Es galt, schnell den Absatz zu sichern. Die chemische Industrie Skandinaviens hat nunmehr die Auslandsproduktion im Lande. Der Wettbewerb hat begonnen, und es fragt sich sehr, ob die vielen Neugründungen lebensfähig bleiben. Wahrscheinlich wird sich zeigen, daß man übergründet hat. Nicht nur in Skandinavien, sondern auch in der Schweiz, in Spanien und in den Entente-Ländern. Die schweizerische Transportmittelindustrie hat schwere Wettbewerbsorgane. Sie hatte sich auf einen festen Friedensmarkt eingestellt und sieht nun die Konkurrenz nahen, die ihr nicht nur den Absatz im Auslande, sondern auch im eigenen Lande streitig machen will.

Rapide ist auch der Preisfall am Schiffsmarkt. Die Schiffsbreite hatten sich im Kriege verdoppelt, verdreifacht, ja nicht selten vervierfacht. Die ältesten Röhren wurden mit horrenden Summen bezahlt, es gab keine moralische Planke mehr, die nicht ihren Käufer fand. Man rief sich um jedes Waad. Da es nicht gelang, neue Baumethoden und Bauverfahren schnell und massenhaft zu verwirklichen, griff man die ältesten Weilände an. Es wurden Schiffverleumdungsgesellschaften gegründet, die ungeheure Geschäfte machten. Unternehmungen, die in wenigen Monaten das Vielfache des eingezahlten Kapitals rauswirtschafteten. Damit ist es nun zu Ende, denn der Frachtenmarkt ist von Zucht befallen. Man hatte nicht nur in Deutschland die Friedensmonopole unterkühlt. Die Vereinigten Staaten haben ein Gewaltprogramm aufgestellt, sie wollen in verhältnismäßig kurzer Zeit 25 Millionen Tonnen haben und damit die größte Handelsflotte der Welt besitzen. Die für Kriegstransporte gedachten Handelsschiffe müssen bald wieder, wenigstens teilweise, für Friedensdienste frei werden. Man hat mit äußerster Energie gegen den U-Boot-Krieg gebaut, Hunderte neuer Boote sind in den Entente-Ländern und in den neutralen Ländern entstanden. Wohl rechnet man mit dem Güterhunger der Mittelmächte, aber man weiß, daß dieser Hunger nicht von heute auf morgen befriedigt wird. Daher erwartet man ein festiges Sinken der Frachtraten und sieht wohl am liebsten die Errichtung eines umfassenden Boole. Ueberhaupt sind internationale Preisstabilisierungsbestrebungen nicht ausgeschlossen. Es ist durchaus möglich, daß das Kapital sich gegen einen jähen Preisfall durch Sanftmaßmaßnahmen zu sichern sucht.

Solche Bestrebungen erleben wir jetzt schon am Gummimarkt und am Kaffeemarkt. Der Gummimarkt ist infolge Absatzüberschüssung in eine heftige Krise geraten. An der Londoner Börse sind die Kurse der Gummimarkte seit Anfang dieses Jahres fortwährend gesunken. Die Gummipflanzer in den Malaienstaaten, in Niederländisch-Indien und in anderen Gummigebieten haben wild darauf los gebaut und manche Plantagen haben ihre Anbauflächen verdoppelt und verdreifacht. Dem entsprechend waren die Ernten ungeheuer groß. Die Vereinigten Staaten und England, die Hauptgummieinfuhrer während des Krieges, hatten Einfuhrbeschränkungen erlassen. Die Gummindustrialie strebte die Aufhebung dieser Beschränkungen an, es ist ihr aber bisher nicht gelungen. Auch erfüllen die Regierungsgewalt und der Vereinigten Staaten die Preisstabilisierungswünsche des Gummianbauers und der Gummindustrialie nicht. In der Generalversammlung der englischen Gummigesellschaften wurde in letzter Zeit bitter über die unglücklichen Verkaufspreise geklagt. Man kann auf Abhilfe und schlag allerlei Erdbühnen- und Stabilisierungsmahnahmen vor. Einschränkung des Anbaus, Minimal- und Maximalpreise, je nach Qualität, internationaler Zusammenklusur zur Sicherung der finanziellen Ertragnisse. Bis jetzt ist daraus noch nichts geworden. Ebenso ist noch nichts aus der Valorisation der brasilianischen Kaffeebestände geworden, die der Regierung Brasiliens große Sorge machen. Man kennt ja diese Vorkehrungen auf die nicht absehbaren Kaffeebestände des Staates Sao Paulo, die dazu gebiert haben und jetzt wieder dazu dienen sollen, die Finanzen des Staates zu retten und zwar durch Versteuerung des Kaffees bzw. durch Nationalisierung des „Kaffeeabzuges“ am Weltmarkt. Vor dem Kriege haben sich auch deutsche Firmen an dieser Versteuerung eines notwendigen Lebensmittels beteiligt, beispielsweise Gleichröder und Eardder Gebr. in Hamburg. Augenblicklich verhandeln die Vereinigten Staaten wegen der Valorisation. Es heißt, daß sie 100 Millionen Dollar geben wollen, aber dafür das Absatzmonopol verlangen. Rämt das Geschäft zustande, so würden die europäischen Kaffeepreise von einem amerikanischen Konsortium diktiert werden. Sicherheit nicht im Interesse der Verbraucher, denn das Konsortium will sich ja nicht nur die Zinsen und Provisionen für die Anleihe sichern, sondern auch noch ein hübsches Geschäft aus dem Kaffeeverkauf machen. Es ist das ein Spekulationsgeschäft nach altem Muster, eines der peinlichen Ringgeschäfte, unter denen Deutschland im Frieden schon zu leiden hatte. Das Problem einer internationalen Preispolitik unter Kontrolle der Verbraucher wird heute akut. Handelsmonopole beispielsweise, die von Auslandswaren abhängig sind, dürfen nicht Großspekulanten, Ringbildern, Boomleuten ausgespielt werden. Sonst kommt es zu einer Verbrauchsverknüpfung, die dem Wesen und dem Zweck des Monopols widerspricht. Nur eine Internationalisierung der Preise unter Volkswirtschaft, noch strengen Sozialgrundgesetzen eine solche Gefahr abwenden. Heute sucht das Kapital noch Risikogeschäfte aus der Not zu machen. Das darf in Zukunft nicht sein. Es darf nicht sein, daß Trustmagnaten den Lebensunterhalt der Arbeiter bestimmen. Es heißt nicht nur, die Auspömerung innerhalb der Grenzen, sondern überhaupt die Auspömerung unmöglich machen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Kestler, Berlin Bismarckstr. 1. Druck der Landesdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.